

Brigitte Bailer

Kontinuitäten und Diskontinuitäten der FPÖ-Programmatik im Kontext des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus

Historischer Überblick

Der österreichische Rechtsextremismus ebenso wie die Freiheitliche Partei Österreichs stehen in der im 19. Jahrhundert wurzelnden Tradition des – nicht nur, aber auch politisch – organisierten Deutschnationalismus, der nicht zuletzt zur Entstehung der nationalsozialistischen Ideologie beigetragen hat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gelang es dem deutschnationalen politischen Spektrum, sich bis zur ersten Hälfte der 1950er Jahre wieder zu konstituieren, wobei den Burschenschaften als wesentliches Kontinuitätselement und Funktionsreservoir große Bedeutung zukam.¹ Als parlamentarischer Arm des Lagers sah sich die 1956 aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervorgegangene Freiheitliche Partei (FPÖ), in der Burschenschafter ebenso wie ehemalige Nationalsozialisten eine zentrale Rolle spielten.² Die nicht zuletzt von politischer Opportunität motivierte verstärkte Hinwendung der FPÖ unter ihrem zweiten Obmann Friedrich Peter (wiewohl selbst ein ehemaliger Angehöriger der für tausendfache Morde hinter der Ostfront verantwortlichen 1. SS-Infanteriebrigade) zu einem deutlich liberaleren Kurs führte 1966/67 zur Abspaltung einer Gruppe jüngerer Funktionäre um den Burschenschafter Norbert Burger und zur Gründung der Nationaldemokratischen Partei (NDP).³ Der übrige organisierte Rechtsextremismus ging zunehmend in kritische Distanz zur FPÖ. Die NDP ihrerseits versuchte sich durch Antreten bei Wahlen im demokratischen Spektrum rechtsaußen zu etablieren,

1 Zur Geschichte und Rolle der Burschenschaften siehe Bernhard Weidinger, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien 2015; Bernhard Weidinger, FPÖ und völkische Verbindungen. Symbiose mit Konfliktpotential, in: Europäische Rundschau, 2019/4, S. 33–36.

2 Siehe Friedhelm Frischenschlager, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1978/2, S. 209–220; Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Aufl., Wien 1993, S. 327–428. Zur Frühgeschichte siehe auch Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019.

3 Bailer/Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, S. 330. Zur Geschichte der NDP siehe auch: Junge Generation in der SPÖ (Hrsg.), Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Wien 1981.

blieb dabei allerdings erfolglos.⁴ Funktionäre der NDP waren in der Folge unter den Gründern weiterer, von stärkerer Gewaltbereitschaft und kompromissloseren NS-Bezügen gekennzeichneter Gruppen wie der Aktion Neue Rechte oder der Ausländer-Halt-Bewegung. Diese Organisationen versuchten ebenfalls bei Wahlen anzutreten, was aber durch das grundlegende Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur ANR 1985⁵ in allen Fällen verunmöglicht wurde.

Zu einer neuerlichen Annäherung sowohl des organisierten Rechtsextremismus als auch militant rechtsextremer bis hin zu neonazistischen Gruppen an die FPÖ kam es erst 1986, als mit Jörg Haider ein Exponent des „nationalen“ (also deutschnationalen) rechten Kerns der FPÖ – nicht zuletzt dank maßgeblicher Unterstützung von Burschenschaften und Freiheitlichen Akademikerverbänden – in einem Aufstand gegen den damals liberalen Flügel um Norbert Steger zum neuen Obmann der FPÖ gewählt wurde. Diese Wahl wurde bis hin zu Burgers NDP und dem Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger erfreut aufgenommen. So meinte Burger 1987, die NDP werde einer „wirklich nationalen FPÖ keine Konkurrenz machen“.⁶

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die wechselnden nach außen gezeigten Ausrichtungen der FPÖ in ihrer Programmatik niederschlugen⁷ und inwieweit sich in dieser auch Ähnlichkeiten zu ihrer radikalen Abspaltung der NDP feststellen lassen. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass die FPÖ selbst keine ideologisch homogene Gruppe darstellt, sondern immer wieder Spannungen zwischen tendenziell liberalen und deutschnationalen Kräften in der Partei bestanden. Eine nennenswerte Zahl von Funktionärinnen und Funktionären vor allem der unteren Ebenen hat sich der Partei aus einer Protesthaltung ebenso angeschlossen (und tut dies nach wie vor) wie auch aus Opportunitätsüberlegungen angesichts der wachsenden Zahl zu vergebender Mandate. Ähnlich inhomogen gestaltet sich die Wähler*innenschaft der FPÖ, wenn diese auch autoritäre, von Verschwörungserzählungen und Demokratieverdrossenheit gezeichnete Einstellungsmuster erkennen lässt.

⁴ Ausnahme war die Bundespräsidentenwahl 1980, bei der es Norbert Burger nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Wahlsituation gelang, 3,2 % der Stimmen für sich zu gewinnen. Siehe: Herbert Exenberger, Norbert Burger und die Bundespräsidentenwahl 1980, in: Junge Generation in der SPÖ (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 15–21, hier S. 15.

⁵ Verfassungsgerichtshof, G175/84, 29.11.1985.

⁶ Klartext, 1/1987. Klartext war das Blatt der NDP.

⁷ Die im Bericht der FPÖ-Historikerkommission enthaltene Analyse vermeidet kritische Fragen weitgehend, blendet Widersprüche aus und bleibt an der Oberfläche, ebenso die Darstellung des Nationsbegriffs in: Thomas R. Grischany, Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen von 1956 bis heute, in: Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, S. 325–342, sowie Anton Karl Mally, Nationsbegriff und FPÖ, in: Ebenda, S. 345–350, www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf [28.2.2024].

Die Analyse der programmatischen Aussagen der FPÖ

Die folgende Analyse der FPÖ-Programme sowie anderer programmatischer Texte basiert auf der von Willibald I. Holzer erarbeiteten Definition rechtsextremer Ideologie, deren Befund seit ihrer ersten Veröffentlichung 1979 wenig an Aktualität und Richtigkeit eingebüßt hat.⁸

Herangezogen wurden alle von der FPÖ seit ihrem 2. Parteitag 1957 formal beschlossenen Programme: Beginnend mit jenem vom 2. Bundesparteitag 1957, gefolgt vom sogenannten „Ischler Programm“ 1968, das von einem neuen, unter dem Titel „Österreich politisch erneuern“ stehenden Programm 1985 abgelöst wurde. Das nächste Programm aus 1997 unterschied sich von seinem Nachfolger 2005 nur in einem einzigen Abschnitt, und zwar zur österreichischen Neutralität, worauf später noch genauer eingegangen wird. Bereits sechs Jahre später, wohl infolge des Wechsels der Parteiführung, wurde 2011 schon das nächste, bis heute geltende Programm verabschiedet. Da seither kein neues Programm vorgelegt wurde, greift die Analyse letztlich noch auf den grundsätzlichen Leitantrag zum 34. Ordentlichen Parteitag der FPÖ 2022 zurück. Abgesehen vom nur mehr anhand von Literatur verfügbaren Text von 1997 wurden alle Programmtexte offiziellen Internetauftritten der FPÖ entnommen.

Um den Umfang des Beitrags nicht zu sprengen, fokussiert die Analyse auf einige wenige aussagekräftige Elemente und Themen, deren Wandel über die Jahrzehnte verfolgt werden soll, und zwar zuerst zentrale Kategorien wie Deutschnationalismus, der stark auch die Europavorstellungen beeinflusst, und das Konzept der Volksgemeinschaft. Weiters werden spezifische Subkategorien in den Blick genommen: grundlegende Kritik an der österreichischen Demokratie, die gegen alles „Fremde“ gerichtete Einstellung sowie das Frauen- und Geschlechterbild. Zur Kontextualisierung wird in die Analyse schlaglichtartig das 1980 veröffentlichte Programm der NDP herangezogen, um den Blick für eindeutig rechtsextreme Bezüge bzw. vorhandene Ähnlichkeiten zu schärfen.

Über die Programmatik hinausgehende Analysen der praktischen Politik, Methodik und insbesondere Terminologie der FPÖ können aus Platzgründen nicht erfolgen. Ebenso muss aus diesem Grund eine eingehende Erörterung des Verhältnisses der FPÖ zum rechtsextremen Organisationsspektrum unbehandelt bleiben.⁹

⁸ Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus – Konturen und Definitionscomponenten eines politischen Begriffs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1979, S. 11–97; derselbe, Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Aufl., Wien 1993, S. 11–96.

⁹ Vgl. Ruth Wodak, Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse, Wien–Hamburg 2020, S. 201–230; Ruth Wodak/Markus Rheindorf, „Austria first“ revisited. A diachronic cross-sectional analysis of the body and gender politics of the extreme

1 Deutschnationalismus

Wie erwähnt stellt der Deutschnationalismus eines der Kernelemente der Ideologie des österreichischen Rechtsextremismus und einigendes Element dieses Spektrums dar. Seit der Gründung der FPÖ 1956 war und ist die Verankerung im Deutschnationalismus Teil der FPÖ-Programmatik, 1957 als Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ formuliert. Man betonte „die tausendjährige, in Abstammung, Geschichte und Kultur begründete Verbundenheit der Österreicher mit dem deutschen Volk“¹⁰. Daraus resultierte die offene Ablehnung der Idee einer eigenständigen österreichischen Nation, die allerdings mit der ausdrücklichen Zustimmung zur Eigenstaatlichkeit Österreichs verbunden wurde, wohl nicht zuletzt unter Berücksichtigung des Anschlussverbotes im österreichischen Staatsvertrag und damit der österreichischen Verfassungsordnung. Diese Vorstellung von einer Abstammungsgemeinschaft aller Menschen deutscher Erstsprache wurde in späteren Programmen der FPÖ abgeschwächt. So wiederholt das sehr knappe Ischler Programm von 1968¹¹ nur mehr das Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, während das folgende Programm von 1985 das „Volk“ als „natürliche Gemeinschaft, durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden“ definiert, das „gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt“ habe und „gemeinsame Wesenszüge“ aufweise. Gleichzeitig verweist dieser Text als einziger aller freiheitlichen Programmtexte – wohl bezogen auf den Nationalsozialismus – auf den „Mißbrauch nationaler Ideen insbesondere in diesem Jahrhundert“ als „abschreckende[s] Beispiel“, das „allen Völkern in der Welt zur Lehre“ dienen solle. Einige Sätze später wird nochmals darauf verwiesen:

Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Österreicher gehört der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft an. Diese Tatsache bleibt bestehen, obwohl sie als Folge eines verhängnisvollen Kapitels deutscher Geschichte in Österreich vielfach verdrängt wird.¹²

Damit vollzog die FPÖ damals einen vorsichtigen Schritt zur Distanzierung von der deutschnationalen Kontinuität mit dem Nationalsozialismus, der aber in der Abfolge der FPÖ-Programme die Ausnahme blieb. Ab 1985 fehlte die ausdrückliche Absage an die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation. Diese Absage vollzog Jörg

right, in: *Patterns of Prejudice*, Vol. 53, 2019, Issue 3, S. 302–320. Weiters: „Neues von ganz rechts“, www.doew.at.

10 Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), beschlossen vom 2. ordentlichen Parteitag 1957 in Klagenfurt, S. 1, 5, www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/programmatik/parteiprogramme/ [28.2.2024].

11 Ischler Parteiprogramm. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen am Bundesparteitag in Bad Ischl vom 11.–13. Oktober 1968, S. 1, www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/programmatik/parteiprogramme/ [28.2.2024].

12 Österreich politisch erneuern. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am Programmparteitag 1. und 2. Juni 1985 in Salzburg, Kapitel 3, www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/programmatik/parteiprogramme/ [28.2.2024].

Haider, Parteiobmann ab Herbst 1986, aber dann in öffentlichen Auftritten umso deutlicher. 1988 formulierte er im österreichischen Fernsehen:

Das wissen Sie ja so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist eine Sache, die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.¹³

Diese deutschnationale Grundhaltung bewog ihn und die FPÖ wohl auch, die Forderung nach einer Obsoleterklärung des österreichischen Staatsvertrags zu erheben, die sich auch im Programm 1997 wiederfindet.¹⁴ Die damit verbundene angebliche Wiedererlangung der „volle(n) Souveränität“ Österreichs ginge unter anderem mit der Beseitigung des im Staatsvertrag enthaltenen Verbots des Anschlusses an Deutschland einher.

Aus wahltaktischen Überlegungen schwenkten die FPÖ und Haider aber in der Folge auf einen nun Österreich-nationalen Kurs um, Haider selbst verkündete das Ende der „Deutschtümelei“ 1995.¹⁵ Nur ein Jahr später sah er sich allerdings aufgrund negativer Reaktionen in Burschenschafterkreisen, aber auch in der FPÖ genötigt, am 120. Stiftungsfest seiner Burschenschaft Sylvania die Festrede zu halten und den gemeinsamen „traditionellen Schwur“ auf die deutsche Volkszugehörigkeit zu erneuern.¹⁶

Dieser neue, auf Österreichpatriotismus orientierte Kurs fand seinen Niederschlag in dem 1997 verabschiedeten Parteiprogramm und wurde wörtlich im Programm von 2005 übernommen. Darin war nun kein offenes Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ mehr enthalten, allerdings finden sich bei genauerer Analyse zahlreiche Hinweise auf eine Kontinuität des Deutschnationalismus, die entweder bei der Übernahme aus alten Programmteilen übersehen oder aber sehr bewusst als Gegengewicht zur Überbetonung des Österreichpatriotismus in diesem Text beibehalten wurden.¹⁷ So unterstreicht das Kapitel „Recht auf Heimat“, dass „die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe“ angehöre und jeder Österrei-

¹³ Inlandsreport, 18.8.1988.

¹⁴ Jörg Haider, *Die Freiheit, die ich meine*, Frankfurt/M. 1993, S. 119 f.; *Weil das Land sich ändern muss! Auf dem Weg in die Dritte Republik*, Wien: Freiheitliches Bildungswerk 1994, S. 144. Programm 1997, Kapitel VII, Artikel 2.

¹⁵ *Wirtschaftswoche*, 17.8.1995, profil 21.8.1995.

¹⁶ *Junge Freiheit*, 15.11.1996. Der Kommentar dazu unterstrich, dass die Befürchtungen eines Abgehens vom Bekenntnis zum deutschen Volkstum „tatsächlich grundlos sind“.

¹⁷ Hier ist Heribert Schiedels Einschätzung zu widersprechen: Heribert Schiedel, *Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei?*, in: Stephan Grigat (Hrsg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017, S. 103–120, hier S. 108 f.

cher¹⁸ das „Grundrecht“ habe, „über seine Identität und Volkstumszugehörigkeit selbstbestimmt und frei zu befinden“. „Familie und Volk“ seien „natürlich gewachsene Gemeinschaften“ bzw. „organisch gewachsene Gegebenheiten“, die in der Politik Berücksichtigung finden müssten.¹⁹ Inwieweit damit nun wieder auf die Idee des Volks als Abstammungsgemeinschaft Bezug genommen werden soll, bleibt offen.

Jedenfalls ergreift das Programm an anderer Stelle deutlich Partei für die „deutschen Volksgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie“, für die Österreich eine „historische Verantwortung und Schutzverpflichtung“ habe.²⁰ Durch alle Programme bis zu jüngsten programmatischen Texten der FPÖ zieht sich die Aufforderung, alles zur Unterstützung und zum Schutz der deutschsprachigen Südtiroler zu unternehmen. Die Abtrennung Südtirols spielte – nicht nur, aber besonders – in Burschenschafterkreisen eine immer wieder thematisierte Rolle. Es waren letztlich auch Burschenschafter wie Norbert Burger zentral in den Südtiroler-rorismus der 1960er Jahre involviert. Die Priorisierung der deutschen Sprache war der FPÖ 1997 und gleichlautend 2005 gleichfalls ein Anliegen:

Durch Zusammenarbeit vor allem mit anderen deutschsprachigen Staaten ist die Pflege und Verbreitung der deutschen Sprache, vor allem durch die Verwendung von Deutsch als Amtssprache in internationalen Organisationen und als lebende Wirtschafts- und Wissenschaftssprache zu fördern.²¹

Auch ohne die gewohnte Floskel zum deutschnationalen Bekenntnis zeigt die politische Tendenz der – abgesehen von einem Abschnitt zur Neutralität – identen Programme von 1997 und 2005 also eine entsprechende inhaltliche Ausrichtung.

Um vieles deutlicher wurde nur wenige Jahre später das unter der Obmannschaft Heinz-Christian Straches formulierte Programm 2011. Nun wird „unser Heimatland Österreich“ wieder als „Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ definiert, an anderer Stelle heißt es:

18 Die FPÖ-Parteiprogramme „gendern“ nicht, was auch in den indirekten Zitaten in diesem Beitrag beibehalten wird.

19 Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am 30. Oktober 1997, in: Christoph Kotanko (Hrsg.), *Die Qual der Wahl: die Programme der Parteien im Vergleich*, Wien 1999, S. 105–153. Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. FPÖ echt freiheitlich. Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg, Artikel 1, www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/programmatik/parteiprogramme/ [28.2.2024]. Die Programme 1997 und 2005 sind, abgesehen von Abschnitten bezüglich Neutralität und Staatsvertrag, völlig ident. Auf diesen Unterschied wird an anderer Stelle noch eingegangen.

20 Parteiprogramm 1997, 2005, Kapitel VII, Artikel 5.

21 Programm 1997, 2005, Kapitel VII, Artikel 1, Absatz 3.

Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft.²²

Volk ist in dieser Sichtweise also mehr als Sprache und Kultur. Nicht ausgeführt wird, was das Spezifische ist, das ein Volk zu einem solchen macht. Wenn in den Leitsätzen weiters festgehalten wird, die FPÖ sei dem „Schutz unserer Heimat Österreich“ und „unserer nationalen Identität“ verpflichtet, bleibt offen, ob damit eine spezifisch österreichische oder doch deutsche Identität gemeint ist.²³ Außenpolitisch sieht das Programm Österreich – wie schon in den Programmen zuvor – zum Schutz der Südtiroler verpflichtet, geht aber noch darüber hinaus:

Die menschenrechtswidrigen Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen²⁴, samt den damit im Zusammenhang stehenden Amnestiegesetzen, sind in einem humanistischen Europa nicht zu akzeptieren und im Sinne von Gerechtigkeit für Vertriebene, Ermordete und Enteignete zu streichen.²⁵

Österreich sei der „Anwalt“ nicht nur der Südtiroler, sondern vertrete „die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache“.²⁶

Interessant erscheint als Vergleichskategorie in diesem Zusammenhang das Programm der NDP, die ganz klar festhielt:

Die Österreicher deutscher Muttersprache gehören dem deutschen Volk an. [...] Unsere Politik ist ausgerichtet auf die Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes [...] Die Nation ist eine durch Geschichte, Sprache, Kultur, Abstammung und Lebensraum gekennzeichnete Großgruppe von Menschen.²⁷

2024 verwendete der Bundesparteiohmann der FPÖ Herbert Kickl den Volksbegriff sehr häufig. Vage bleibt, welche Inhalte dem Begriff zugrunde liegen: Welches „Volk“ vertritt der selbst ernannte „Volkskanzler“ Herbert Kickl, welches Volk wird von den von ihm angeprangerten „Volksverrättern“ verraten? Diese Fragen können hier nicht beantwortet werden. Der Leitantrag des FPÖ-Parteitags von 2022 vollzog eine bemerkenswerte Wendung: Das „Volk“ sind darin „die Menschen, die die österreichische

²² Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz, www.fbi-politikschule.at/blausoesterreich/programmatik/parteiprogramme/ [28.2.2024].

²³ Ebenda.

²⁴ Teile der Beneš-Dekrete waren 1945 Grundlage für die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, so wie Teile der AVNOJ-Beschlüsse für die Vertreibungen aus Jugoslawien.

²⁵ Programm 2011, Kapitel 10.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Punkt 1 des NDP-Programms, zitiert nach: Brigitte Galanda, NDP und NSDAP, in: Junge Generation (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 22–55, hier S. 22.

Staatsbürgerschaft“ besitzen, in Abgrenzung zu „allen Menschen, die hier leben“.²⁸ Dass es sich hier tatsächlich um eine inhaltliche Neuausrichtung handelt, ist vor allem angesichts des starken Einflusses des deutschnationalen burschenschaftlichen Milieus auf die FPÖ zu bezweifeln. Auch wenn Herbert Kickl selbst keiner Burschenschaft angehört, weist der freiheitliche Parlamentsklub der 2024 zu Ende gehenden Legislaturperiode einen Burschenschafteranteil von 40 Prozent auf – der höchste Anteil in einem FPÖ-Nationalratsklub bislang.²⁹ Auch die zunehmend engeren Kontakte der FPÖ zum rechtsextremen Umfeld lassen eine Abkehr vom Deutschnationalismus bezweifeln.³⁰ Jedenfalls wird an anderer Stelle des Leitantrags angemerkt, dass eine Unterscheidung zwischen „echten“ Österreichern und jenen, „die uneingeladen zu uns gekommen sind, um in unser Sozialsystem einzuwandern und ein besseres Leben zu führen“³¹ getroffen wird.

2 Europavorstellungen

Zielvorstellungen für ein geeintes Europa, das bereits im Programm 1957 angesprochen wird, unterlagen im Verlauf der Geschichte der FPÖ beträchtlichen Änderungen – vom Wunsch nach einem in vielen Bereichen geeinten Europa bis zur Ablehnung der Realität der Europäischen Union heute.

Insbesondere das erste Programm der FPÖ aus 1957 enthält ein glühendes Bekenntnis zu Europa auch aus der geopolitischen Überlegung, dass nur ein geeintes Europa in der Lage sein werde, „eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik zu spielen“. In der Situation des Ost-West-Konflikts der späten 1950er Jahre sei „die einzige Möglichkeit einer Zukunft Europas und damit unseres Volkes darin gelegen, dass es zu einer europäischen Einigung kommt. Diese Einigung, für die sich die besten Kräfte Europas einsetzen, wird von uns aus vollem Herzen bejaht.“ Diese Einigung müsse auf der Grundlage „nationaler Gleichberechtigung“ erfolgen, also „als ein Zusammenschluss freier und gleichberechtigter Nationen“.³²

1968 ging die FPÖ über diese Vorstellung noch deutlich hinaus und forderte „die Schaffung eines europäischen Bundesstaates unter Wahrung der Eigenart seiner Völ-

28 Leitantrag 34. Ordentlicher Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs, Samstag, 17.9.2022, VAZ St. Pölten, www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fbi-politikschule.at/blau_es_oesterreich/Leitantraege/Leitantrag_zum_34_Ordentl_Bundesparteitag.pdf [28.2.2024].

29 Klaus Taschwer, Burschenschafteranteil im FPÖ-Klub auf Rekordwert gestiegen, www.derstandard.at/story/2000110465677/burschenschafteranteil-im-fpoe-klub-gestiegen [28.2.2024]; Weidinger, FPÖ und völkische Verbindungen, S. 33.

30 Vgl. Colette M. Schmidt/Markus Sulzbacher, Die engen Netzwerke von AfD, FPÖ und Identitären, www.derstandard.at/story/3000000204883/die-engen-netzwerke-von-afd-fpoe-und-identitaeren?ref=article [28.2.2024].

31 Leitantrag 2022, S. 12.

32 Programm 1957, S. 4.

ker. Dieses Ziel sei durch eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Wissenschaftspolitik sowie durch den Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems“ zu realisieren.³³ Diese Zielvorstellung der damaligen FPÖ übertraf die Verfasstheit der Europäischen Union des Jahres 2024 deutlich und stellte Forderungen auf, die die FPÖ heute aufs heftigste zurückweist: So stellte beispielsweise der Leitantrag zum Parteitag 2022 fest, die Partei habe sich gegen die Einführung des Euro gewandt so wie sie ebenso „stets“ vor einem Beitritt zur Europäischen Union „ohne Wenn und Aber“ gewarnt habe. Die angeblich ständige Auslagerung von Kompetenzen nach „Brüssel“ gefährde die Souveränität Österreichs.³⁴

Die positive Darstellung einer europäischen Einigung setzte sich auch im folgenden Programm 1985 fort, wenn auch von einer weit reichenden politischen Abstimmung wie in den oben genannten Politikfeldern nicht mehr gesprochen wird. Am Endpunkt des Einigungsprozesses solle „die Schaffung einer europäischen Konföderation“ stehen, wozu es „keine vernünftige Alternative in Freiheit“ gebe.³⁵

Die von Friedrich Peter begonnene liberale Ausrichtung der FPÖ, die unter Parteiboss Norbert Steger 1983 in eine Koalition mit der SPÖ geführt hatte, wurde durch den scharfen Rechtskurs Jörg Haiders 1986 beendet. Neben der neuen ideologischen Ausrichtung waren die folgenden Jahre auch durch den von Opportunismus gekennzeichneten Rechtspopulismus Haiders gekennzeichnet, der gezielt alle Themen aufgriff, bei denen er sich – aus Verunsicherung in der Bevölkerung resultierende – Zustimmung bei den Wähler*innen versprach. So versuchte er anlässlich der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs 1994, die in weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung vorhandene Skepsis gegenüber der Europäischen Union in Wähler*innenstimmen für die FPÖ umzusetzen.³⁶ Damit war auch der Wendepunkt in der Europapolitik der Partei erreicht. Das Programm 2005, wesentlich von Haider und seinem Umfeld beeinflusst, drückte dieses neue Misstrauen gegenüber der EU aus und betonte die gestaltende Rolle ausschließlich der „Völker“, also nicht mehr der Nationen oder Länder:

Das künftige Schicksal Europas muss von der Gestaltungsfreiheit seiner Völker geprägt sein. Dabei sind die durch die Geschichte entstandene Vielfalt und das kulturelle Erbe zu bewahren.³⁷

Dem werden angeblich „aktuelle Tendenzen der Einebnung und Gleichmacherei“ entgegengesetzt. Die Europäische Union solle sich nicht zu einem „Bundesstaat“, sondern zu einem „Staatenbund“ entwickeln.³⁸

³³ Programm 1968, S. 1.

³⁴ Leitantrag 2022, S. 3 f.

³⁵ Programm 1985, Kapitel 4.

³⁶ Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Berlin 1997, S. 95 f.; Anton Pelinka/Ruth Wodak, *The Haider Phenomenon in Austria*, London 2002.

³⁷ Programm 1997, 2005, S. 8–9.

³⁸ Ebenda.

Die Terminologie des Programms 2011 nähert sich tendenziell rechtsextremen und völkischen Vorstellungen an, wenn es heißt: „Ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer“ sei „die Grundlage“ der freiheitlichen Europapolitik. An anderer Stelle wird die begriffliche Reihenfolge umgekehrt: „Wir bekennen uns zu einem Europa der selbstbestimmten Völker und Vaterländer.“ Ziel der „europäischen Integration“ sei die „Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen europäischer Völker verpflichtet haben“.³⁹ Europa wird hier nicht als Gemeinschaft von Staaten, sondern „Vaterländern“ begriffen – ein feiner, aber doch bemerkenswerter semantischer Unterschied.

Die NDP meinte dazu in durchaus ähnlicher Wortwahl, sie wünsche die „Schaffung eines Europas der Völker“ beziehungsweise wies sie darauf hin, die „Eigenart der europäischen Völker“ sei „die Grundlage ihrer schöpferischen Leistung“.⁴⁰ Für das deutschnationalen Lager hat diese Zielvorstellung eine besondere Bedeutung, verteilt sich die in diesen Kreisen als „Volk“ begriffene deutschsprachige Bevölkerung doch auf mehrere Staaten Europas, die in einem so gestalteten Europa deutlich an Relevanz gewinnen würde.

3 Konzept der Volksgemeinschaft

Holzer sieht als zentrale Elemente rechtsextremer Ideologie die Begriffe „Volk“ und „Volksgemeinschaft“. Die Volksgemeinschaft wird als patriarchalisch-hierarchisch gegliederte, möglichst homogene Gemeinschaft vorgestellt, die dem Individuum Geborgenheit an dem ihm zustehenden Platz bietet. Seine Bedeutung erhält der Einzelne in seiner Verpflichtung auf die Ganzheit des Volkes. Partikularinteressen und deren organisierte Verfolgung werden als gemeinschaftsstörend abgelehnt.

In der FPÖ-Programmatik ist der Begriff Volksgemeinschaft analytisch mit verschiedenen Nuancierungen zu sehen: Einerseits ist er klar ausgesprochen als „deutsche Volksgemeinschaft“, also völkisch zu verstehen. Durch die Programme zieht sich andererseits der im Sinne Holzers ebenso darunter zu verstehende Appell an die Aufrechterhaltung einer Gemeinschaft, manchmal als Solidargemeinschaft angesprochen, in späteren Programmen auch als „Gemeinsinn“ bezeichnet.

Im ersten Programm aus dem Jahr 1957 hieß es noch unverhohlen, die FPÖ bekenne sich „zur sozialen Volksgemeinschaft“ und bekämpfe daher „das Denken und Handeln in Klassen und Gruppeninteressen“⁴¹, also ganz im Sinne der Holzerschen Defini-

³⁹ Programm 2011, Leitsatz 10.

⁴⁰ Punkt 2 des NDP-Programms – Europavorstellungen, in: Junge Generation (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 25.

⁴¹ Programm 1957, S. 2.

tion. Gemeinschaft spielt auch an anderen Stellen des Programms eine zentrale Rolle. So solle die Jugend zu „Pflichtbewußtsein gegenüber der Gemeinschaft“ erzogen werden.⁴²

Im Programm der NDP, allerdings erst 1980 veröffentlicht, wurde ganz ähnlich formuliert:

Wir bekennen uns zur sozialen Volksgemeinschaft und lehnen den volkszerstörenden Klassenkampf in jeder Form ab.⁴³

Der Volksgemeinschaftsidee standen bei der FPÖ aber bereits 1957 wirtschaftsliberale Interessen entgegen, sollte doch die „soziale Marktwirtschaft“ ohne Behinderung durch Kartelle, Monopole oder „Diktatur der Kammern der Gemeinschaft in echtem Leistungswettbewerb“ dienen.⁴⁴

1968 fand sich neben dem deutschnationalen Bekenntnis nur mehr der Hinweis auf die Notwendigkeit für den Einzelnen, „verantwortlich die Gemeinschaft“ zu tragen⁴⁵ und die „soziale Gemeinschaft“ durch „betriebliche Sozialpartnerschaft“ sowie „Ausbau der Mitverantwortung des Arbeitnehmers zu fördern“.⁴⁶ Zusammenfassend endet das Programm jedoch:

Ziel der FPÖ ist eine nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft.⁴⁷

Das folgende Programm 1985 betonte das liberale Prinzip deutlich stärker: „[...] im Entstehen verschiedener Schichten und Gruppierungen“ wird „ein ganz natürlicher Vorgang“ gesehen, und: „In der Gesellschaft, für die wir eintreten, verbindet sich Freiheit mit Rücksichtnahme und Gemeinschaftssinn.“ Die Gemeinschaft tritt deutlich in den Hintergrund, während soziale Ungleichheit als „natürlich“ angesehen wird, wobei offen bleibt, ob der Terminus „Natürlichkeit“ im Sinne einer biologischen Gegebenheit verstanden wird.

Der Text von 1997/2005 lehnte „Kammern und Verbände“ als „fremdbestimmend“ ab, stattdessen werde „eine von verantwortungsvoller Partnerschaft getragene Unternehmenskultur angestrebt, die insbesondere über Betriebsverfassungen verwirklicht wird“.⁴⁸ Ähnliches war bereits im Programm 1957 zu lesen gewesen.⁴⁹ Diese Forderungen können einerseits als unternehmerorientierte Zielsetzung verstanden werden, andererseits entsprechen sie der Idee einer von Partikularinteressen ungestörten Volks-

⁴² Programm 1957, S. 9.

⁴³ Junge Generation (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 34.

⁴⁴ Programm 1957, Deckblatt.

⁴⁵ Programm 1968, Einleitung.

⁴⁶ Programm 1968, Punkt Sozialpolitik.

⁴⁷ Programm 1968, Schlusssatz.

⁴⁸ Programm 1997, 2005, Kapitel X, Artikel 4.

⁴⁹ Programm 1957, S. 15.

gemeinschaft. Inwiefern diese Vorstellung im Hintergrund eine Rolle gespielt haben mag, kann nicht festgestellt werden. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass der Text gleich zu Anfang postuliert, dass „der Einzelne stets in eine Gemeinschaft gestellt“ sei, „von der Familie bis zum Volk, die ebenfalls selbständig Träger von Freiheitsrechten“ sei.⁵⁰

Sechs Jahre später, 2011, stand die „Freiheit des Einzelnen“ gleichberechtigt neben jener einer abstrakten „Gemeinschaft“, die in den Leitsätzen freiheitlicher Politik dann zur „echten Solidargemeinschaft“ wird, die die Freiheit des Bürgers schützt.⁵¹ Damit kehrte die Volksgemeinschaft eher implizit in die FPÖ-Programmatik zurück.

Ergänzend kann zu diesem Thema auf die Formulierungen des Handbuchs Freiheitlicher Politik aus 2013 verwiesen werden:

Durch die Wirtschaft soll das Fortkommen und die Existenz der Gemeinschaft gestützt werden, und die Gemeinschaft bildet alle Teile des Staates und des Volkes. Den besten Rahmen dafür bietet ein generationenübergreifend agierender, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Nationalstaat, der als echte Solidargemeinschaft konzipiert ist.⁵²

4 Grundlegende Kritik an der österreichischen Demokratie

Die FPÖ, so wie schon ihre Vorgängerpartei, der Verband der Unabhängigen (VdU) als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen, sah sich von der ab 1945 etablierten Kooperation der beiden damaligen Großparteien, SPÖ und ÖVP, und den daraus resultierenden Koalitionsregierungen bis 1966 ausgeschlossen. In ihrer Kritik an dem tatsächlichen „Parteienproporz“ – das Proporzsystem bei der Besetzung öffentlicher Ämter war nach der Befreiung als demokratischer Stabilitätsfaktor eingeführt worden – ging sie jedoch bereits im Programm 1957 zu einer grundlegenden Kritik an der Ausformung der österreichischen Demokratie über und sah „die Freiheit in unserem Staat“ dadurch „bedroht“, dass durch die Regierungsparteien und die Bürokratie die „Grund- und Freiheitsrechte auf Schritt und Tritt mißachtet“ würden. Durch den angeblich „verfassungswidrigen Koalitionspakt“ würden Demokratie und Rechtsstaat untergraben und „hinter der Schauseite einer formellen Demokratie“ werde „ein Regierungssystem entwickelt, das mit echter Freiheit ebenso wenig zu vereinbaren“ sei „wie eine offene Diktatur“.⁵³ Damit legte die FPÖ von Beginn an die Basis für das von ihr bis heute geschürte, nun allerdings aufgrund verschiedener

⁵⁰ Programm 1997, 2005, Kapitel I, Artikel 2.

⁵¹ Programm 2011, Präambel und Punkt 3, Leitsätze freiheitlicher Politik.

⁵² Handbuch Freiheitlicher Politik, Wien 2013, S. 171 f.

⁵³ Programm 1957, S. 6, 1.

Faktoren in der Bevölkerung deutlich weiter verbreitete Misstrauen gegen Regierungen und staatliche Institutionen. Im Übrigen beklagte auch die NDP den angeblichen Machtmissbrauch des Staates, der „sich vom Diener zum Herren über seine Bewohner zu erheben“ versuche.⁵⁴ Zu dieser Zeit, also zu Beginn der 1980er Jahre, hatte die FPÖ sich von jener Kritik an der österreichischen Demokratie entfernt, weder das Programm 1968 noch das von 1985 kritisierte diese. Allerdings war die Institution der großen Koalition in jenen Jahren 1970 durch die – anfangs auch durch die FPÖ geduldete – Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky abgelöst worden, 1983 bis 1986 befand sich die FPÖ erstmals in einer Bundesregierung. Die Position der Partei änderte sich erst wieder nach der Aufkündigung der Koalition durch den sozialdemokratischen Bundeskanzler Franz Vranitzky, als 1986 Jörg Haider Obmann der FPÖ wurde. Diese kritische Haltung wurde selbst während der Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 beibehalten, was letztlich zur Abspaltung des BZÖ unter Haider führte. Das Programm 1997/2005 wandte sich nunmehr gegen den „bürokratischen Obrigkeitsstaat“ und die „Parteien-Allmacht“ sowie gegen Pflichtmitgliedschaften und Mitwirkungsrechte „berufsständischer Vertretungen“, wie Arbeiterkammern, was auf eine deutliche Schwächung auch der sozialpartnerschaftlichen Institutionen abzielte. Dem entsprach die von Jörg Haider selbst immer wieder formulierte Fundamentalkritik an der österreichischen Demokratie, zu deren Retter er die FPÖ stilisierte, wobei er auch vor Anklängen an NS-Vokabular nicht zurückscheute.⁵⁵

Die Kritik zielte jedoch nicht nur auf die österreichische Demokratie im Besonderen, sondern formulierte auch allgemeine demokratiepolitische Vorstellungen, und zwar hin zu einer Schwächung der repräsentativen Demokratie durch eine deutliche Verstärkung der direkten Demokratie. Das Programm 1997/2005 forderte eine neue Bundesverfassung, eine Kontrolle der Regierung durch Volksbefragung und Volksabstimmung sowie eine Direktwahl der obersten Staatsorgane.⁵⁶ Einerseits dürfte dahinter die oft geäußerte Überzeugung stehen, die FPÖ vertrete ohnehin den wahren Willen des Volkes, andererseits können Plebiszite durch Propaganda und Manipulation durch Verschwörungserzählungen leicht beeinflusst werden, wie jenes über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union 2016 („Brexit“) eindrücklich vor Augen führte.

Das Programm 2011 hielt sich in Demokratiekritik wiederum zurück, forderte wie schon jenes zuvor nur sehr allgemein einen „Ausbau der direkten Demokratie“ und formulierte ein Bekenntnis zu „den liberalen Grundfreiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit“.

Zum möglicherweise besseren Verständnis dieses Bekenntnisses kann das Handbuch Freiheitlicher Politik herangezogen werden. Darin fordert die FPÖ die Abschaf-

⁵⁴ Junge Generation (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 27.

⁵⁵ Bailer-Galanda/Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“, S. 58 ff.

⁵⁶ Programm 1997/2005, Kapitel VIII.

fung jener Gesetze, die angeblich die Meinungsfreiheit einschränken.⁵⁷ Ob damit das NS-Verbotsgesetz gemeint war, bleibt dahingestellt. Jedenfalls stimmten die Abgeordneten der FPÖ im Dezember 2023 im Nationalrat gegen die vorgelegte Novelle zum Verbotsgesetz, die in mehreren Bereichen Verschärfungen vorsieht. Es könnte also sein, dass diese Forderungen sich unter anderen auf die Ablehnung möglicher Beschränkungen des rechtsextremen Umfelds der FPÖ beziehen sollten.⁵⁸

Im Leitantrag von 2022 übte die FPÖ wieder heftige Kritik an der österreichischen Demokratie. Da ÖVP und SPÖ bereits 1945 gegründet worden waren und daher der Zustimmung des Alliierten Rates bedurft hatten, behauptete die FPÖ nun unter Verweis auf ihren Vorläufer, den VdU, sie sei die einzige politische Kraft, die ihre Existenz „nicht militärischen Hochkommissaren“ verdanke. Nicht „fremde Staaten“ hätten über ihre Gründung befunden, sondern „freie Bürger“.⁵⁹ Zumindest bezüglich des VdU ist das historisch unrichtig – auch dessen Gründung musste vom Alliierten Rat genehmigt werden.⁶⁰

Regierung und Bundespräsident beschuldigte die FPÖ, sich „in einem vorauseilenden Gehorsam gegenüber den Interessen anderer Staaten oder internationaler Organisationen [zu] üben“.⁶¹ Dies führt der Text anhand verschiedener Beispiele aus, unter anderen an den Sanktionen gegen Russland wegen dessen völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine oder auch an den Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie, die angeblich auf Wünschen der Weltgesundheitsorganisation beruhten. In der Folge wird die angebliche Gefährdung des Bestands der Republik in den Raum gestellt, nur die FPÖ könne dessen Bedrohung abwenden: Es dränge sich „die Frage auf, wie es die anderen Parteien mit dem Bestand der Republik Österreich überhaupt halten, ob der faktischen Entmachtung ihrer Staatsbürger ihre faktische Zersetzung oder gar die (in) formelle Abschaffung der Republik folgen soll. Vieles spricht dafür.“ Nur die FPÖ trete „kompromisslos für den Fortbestand der Republik Österreich als souveräner Staat“ ein, während „die anderen sie in einem europäischen Bundesstaat (samt NATO-Beitritt) aufgehen lassen wollen – oder von der Weltrepublik oder Anarcho-Primitivismus träumen“.⁶²

⁵⁷ Handbuch Freiheitlicher Politik, S. 86.

⁵⁸ Ebenda, S. 107. Eine detaillierte Analyse des Handbuchs: Brigitte Bailer, Rechtsextremes im *Handbuch Freiheitlicher Politik* – Eine Analyse, www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf [5.5.2024].

⁵⁹ Leitantrag 2022, S. 1.

⁶⁰ Zur Vorgeschichte des VdU siehe Oliver Rathkolb, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, in: Sebastian Meissl/Klaus Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, S. 73–99, sowie Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik, Berlin 2018.

⁶¹ Leitantrag 2022, S. 3.

⁶² Leitantrag 2022, S. 5.

Mit solchen Texten werden nichtexistierende Bedrohungsszenarien verbunden mit Verschwörungserzählungen über angebliche Machtansprüche internationaler Mächte skizziert. Aus den so geschürten Unsicherheiten zieht die FPÖ dann in bewährter Weise Stimmengewinne – eine Taktik, die von der FPÖ⁶³ sowie rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen beziehungsweise Politikern und Politikerinnen in Europa, aber auch den USA und anderswo benutzt wird.⁶⁴

5 Gegen alle „Fremden“

Die NDP proklamierte bereits 1980 den „Kampf gegen die Zerstörung unserer Volkssubstanz durch Unterwanderung mit Ausländern“ und machte als Erste offene Ablehnung von Wirtschaftsmigrant*innen zum Thema ihrer Propaganda.⁶⁵ Beinahe zeitgleich bzw. wenig später griffen die – so wie die NDP später wegen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz aufgelöste – „Aktion Neue Rechte“ sowie die „Ausländer-Halt-Bewegung“ um Gerd Honsik und die damit eng verbundene Liste „Nein zur Ausländerflut“ dieses Thema in bis dahin unbekannt radikaler Weise auf.⁶⁶

Die FPÖ hingegen entdeckte die Zuwanderung erst nach 1989 für sich, also in etwa zeitgleich mit der „Ausländer-Halt-Bewegung“. In den beiden ersten Programmen der FPÖ finden sich zur Frage der Arbeitsmigrant*innen keine Bezüge. Erst 1985 wurden die sogenannten „Gastarbeiter“ erstmals erwähnt. Diese werden als „Einwohner auf Zeit“ gesehen, denen zwar „ein Recht auf vergleichbare soziale und humanitäre Behandlung“ zugestanden wird, die aber ansonsten in ihrem „angestammten Volkstum und Kulturkreis“ weiter „verankert“ bleiben sollten, um ihnen so „die spätere Rückkehr in das jeweilige Heimatland [zu] erleichtern“.⁶⁷ Es wurde also auf Ausgrenzung anstatt Integration gesetzt, also die heute so kritisierten in sich geschlossenen Migrant*innengesellschaften („Parallelgesellschaft“) gefordert.

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und der Öffnung der Grenzen zu den ehemals im sowjetischen Einflussbereich gewesenen Nachbarstaaten entdeckte die FPÖ unter Jörg Haider zum Zweck einer Instrumentalisierung neuer Verunsicherungsgefühle in der Bevölkerung das Thema „Ausländer“ für sich. Dies kumulierte in dem 1993 organisierten Volksbegehren „Österreich zuerst“ und dem neu von der FPÖ ent-

⁶³ Brigitte Bailer-Galanda, Haider – ein ideologiefreier Populist?, in: Horst Peter Groß/Werner Drobisch (Hrsg.), *Zeitzeugen Populismus. Das Phänomen Haider: Gestern in Kärnten, morgen in Europa?*, Klagenfurt 2020, S. 45–59, hier S. 55 f.

⁶⁴ Vgl. Wodak, *Politik mit der Angst*.

⁶⁵ *Junge Generation* (Hrsg.), *Von Hitler zu Burger*, S. 23, 45 f.

⁶⁶ Zur ANR siehe Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Am Beispiel der ANR. Neonazismus in Österreich*, Wien 1980; Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur Wahanfechtung durch die Wählergruppe „Nein zur Ausländerflut“, Verfassungsgerichtshof, I-11/90-9, 28.2.1991.

⁶⁷ Programm 1985, Kapitel 6 (Arbeitswelt, Gastarbeiter).

deckten Österreichpatriotismus.⁶⁸ Dementsprechend widmete das Programm 1997/2005 der Frage der Zuwanderung nach Österreich breiteren Raum. Österreich sei „kein Einwanderungsland“, „unbeschränkte Zuwanderung“ würde für die österreichische Bevölkerung „deren Recht auf Wahrung und Schutz der eigenen Heimat gefährden. Multikulturelle Experimente werden abgelehnt.“ Österreich müsse daher die „volle Souveränität in Ausländerangelegenheiten“ behalten.⁶⁹ Die hier bereits angedeuteten Bedrohungsszenarien werden an anderer Stelle noch verstärkt, wenn Migrant*innen mit dem Anstieg von Kriminalität⁷⁰ und „gravierenden Verzerrungen des Arbeitsmarktes“ und „massivem Lohndruck“⁷¹ in Zusammenhang gebracht werden.

Das derzeit (2024) geltende Parteiprogramm unterstreicht abermals, dass „Österreich kein Einwanderungsland“ sei, gesteht allerdings voll integrierten und legal anwesenden „Zuwanderern“ den Erwerb des „Heimatrechts“ und der Staatsbürgerschaft zu. Der „Einwanderung“ wird ganz in nationalem Sinne „eine geburtenorientierte Familienpolitik“ gegenübergestellt.⁷² An einigen Stellen wird direkt oder auch indirekt auf einen erwünschten Ausschluss von Nicht-Staatsbürger*innen von Rechten und Ansprüchen hingewiesen. So habe der „erarbeitete Wohlstand Österreichs [...] vorrangig für jene Menschen und deren Nachkommen eingesetzt zu werden, die ihn erarbeitet haben“.⁷³ Ebenso sollten „Bürger aus dem Ausland“ in einem „eigenständigen Sozialversicherungssystem“ versichert werden, das ihnen „Zugang zu Leistungen des österreichischen Gesundheitswesens“ ermöglichen solle.⁷⁴ Strafrechtlich verurteilte „Fremde“ sollten ausgewiesen werden.⁷⁵ Im Zusammenhang mit der Europäischen Union wird nochmals vor „Massenzuwanderung“ entschieden gewarnt.⁷⁶ Statt angebliche Bedrohungsszenarien durch „Fremde“ zu zeichnen wird nun also die Segregation von Österreicher*innen und Nicht-Österreicher*innen nicht zuletzt auch in rechtlicher Hinsicht propagiert.

Der Leitantrag von 2022 nimmt ebenfalls auf diese Frage Bezug und sieht wie bei anderen Themen die Verantwortung für Probleme bei internationalen Organisationen und der EU, aber auch den politischen Mitbewerbern. Diesen sowie der „ausufernde[n] Judikatur internationaler Gerichtshöfe“ seien „Masseneinwanderung“, „Missbrauch des Asylrechts“, die aus Sicht der FPÖ in eine „bedrohliche Symbiose“ mündeten, anzulasten.⁷⁷

⁶⁸ Bailer-Galanda/Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, S. 87–90.

⁶⁹ Programm 1997, 2005, Kapitel IV, Artikel 4.

⁷⁰ Programm 1997, 2005, Kapitel IX, Artikel 3.

⁷¹ Programm 1997, 2005, Kapitel X, Artikel 8.

⁷² Programm 2011, Kapitel 2.

⁷³ Programm 2011, Kapitel 5.

⁷⁴ Programm 2011, Kapitel 6.

⁷⁵ Programm 2011, Kapitel 7.

⁷⁶ Programm 2011, Kapitel 10.

⁷⁷ Leitantrag 2022, S. 4.

6 Frauen- und Geschlechterbild

Die Rolle der Frauen und der Geschlechter wird in den FPÖ-Programmen so gut wie ausschließlich im Kontext der Familienpolitik gesehen. Familie steht im Zentrum eines völkischen Weltbildes. So hieß es 1957, die Familien seien „Träger und Mehrer unseres völkischen und kulturellen Erbes“⁷⁸, 1968 wurde zurückhaltender der Familie eine „kulturelle und biologische Aufgabe als tragendes Element der Gemeinschaft“⁷⁹ zugeschrieben. Das deutlich von einem liberalen Zugang geprägte Programm 1985 verortete die Familie „organisch zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft“, allerdings wandte es sich auch „gegen eine Diskriminierung anderer, frei gewählter Formen des Zusammenlebens“ und wollte „anwendbare Alternativen zu dem traditionellen Rollenverständnis [zwischen den Partnern] ermöglichen“.⁸⁰ Zwanzig Jahre später wünschte die FPÖ eine Förderung kinderreicher Familien, verzichtete aber auf eine ideologiegeleitete Festschreibung und stellte bloß fest, dass Familie „auf einer Lebensgemeinschaft von Mann und Frau“ beruhe und eine „natürliche Lebensgemeinschaft mit Kindern“⁸¹ sei. 2011 hingegen wurde Familie als „Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern“ definiert, dies sei die „natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft“.⁸² Es wurde also wieder auf angeblich natürlich Vorgegebenes Bezug genommen.

FPÖ-Programme beugen sich insofern der gesellschaftlichen Realität, als die Berufstätigkeit der Frauen und Mütter zwar angesprochen, allerdings (wie im Programm 1957) die Erziehung durch die Mutter für die Kinder als „unersetzlich“⁸³ postuliert wird – und als eine Aufgabe, deren Erfüllung der Frau keine Nachteile bringen darf. Sollten sich daraus welche ergeben, seien sie durch den Staat auszugleichen, der Staat habe also für die Erfüllung der Mutterrolle aufzukommen. Während das Programm 1968 dazu keine Aussage traf, sondern nur die Neuordnung der Rechtsstellung der Frau „entsprechend ihrer geänderten wirtschaftlichen und sozialen Funktion“ forder-⁸⁴, ging die FPÖ ab 1985 wieder zur Förderung der Kindererziehung im Rahmen der Familie und deren finanzielle Abgeltung zurück, allerdings wurde nicht mehr die Frau in die Verantwortung genommen, sondern allgemein Unterstützung für jenen „Partner“ gefordert, der sich ausschließlich der Kindererziehung widmet.⁸⁵ Dem entspricht das bereits zu Anfang des Programms formulierte Bekenntnis zur Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit von Mann und Frau – allerdings mit der Einschränkung, dass auf die angeblich „unterschiedlichen Wesenszüge beider Geschlechter Bedacht

⁷⁸ Programm 1957, S. 8.

⁷⁹ Programm 1968, Kapitel Familie.

⁸⁰ Programm 1985, Kapitel 4.

⁸¹ Programm 1997, 2005, Kapitel XII, Artikel 1.

⁸² Programm 2011, Kapitel 4.

⁸³ Programm 1957, S. 8.

⁸⁴ Programm 1968, Kapitel Familie.

⁸⁵ Programm 1985, Kapitel 4.

zu nehmen“ sei.⁸⁶ Von einer heute durchaus als modern anzusehenden Auffassung partnerschaftlich geteilter Familienaufgaben wich die FPÖ 1997/2005 implizit wieder ab. Kinderbetreuung in der Familie solle gleich wie jene in Kinderbetreuungseinrichtungen behandelt werden, beispielsweise durch den Kinderscheck. Zeiten der Kindererziehung ebenso wie Angehörigenpflege dürften – hier ausdrücklich erwähnten – Frauen nicht zum Nachteil gereichen und seien vor allem in der Pensionsberechnung zu berücksichtigen.⁸⁷ Damit werden die Frauen auf die Rolle der Pflegenden reduziert. Das folgende Programm forderte gleichfalls die Anerkennung jener Zeiten im Pensionssystem sowie Unterstützungsleistungen für Familien, die ihre Kinder bis zum Schuleintrittsalter selbst betreuen – eine Forderung, die im Übrigen jeglichen pädagogischen Erkenntnissen zum Wert einer Kindergartenpädagogik widerspricht, den das Programm 1985 durchaus anerkannt hatte.⁸⁸

Das Programm 2011 ging über diese implizite Rollenfestschreibung hinaus und reagierte auf den gesellschaftlichen Diskurs zur Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen, beispielsweise durch Quoten. Diese „Bevorzugung eines Geschlechts zur Beseitigung tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligungen wird von uns [der FPÖ] entschieden abgelehnt. Statistisch errechnete Ungleichheiten [...] können nicht durch Unrecht an einzelnen Menschen ausgeglichen werden.“ Daher wandte sich die FPÖ gegen Quotenregelungen „oder das ‚Gender-Mainstreaming‘“.⁸⁹ Die FPÖ ergriff hier in sehr deutlicher Weise Partei für von Maßnahmen zur Gleichstellung angeblich benachteiligte Männer einerseits und stellte andererseits die Faktizität der gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Frage.

Im Leitantrag von 2022 nimmt diese Frage eine Wendung hin zu Verschwörungserzählungen und einer angeblich staatlichen „Beengung unserer Lebensbereiche“ durch die „Leugnung biologischer Fakten wie die Existenz zweier Geschlechter, nämlich von Mann und Frau“, die Regenbogenfahne „als Symbol einer aggressiven, intoleranten Minderheit“ trete „an die Stelle staatlicher Symbole“. Dahinter steckten Kräfte, die eine „nihilistische Verheißung“ propagierten, „in der alle Menschen nach materiell gleichen Bedingungen zu leben“ hätten. Es werde ein „neuer Mensch“ angestrebt, was als „linker Kampfbegriff“ gesehen wird. Der Mensch solle angeblich „von historischem Ballast“ befreit werden und „diese ‚Befreiung‘ hat dann stattgefunden, wenn die Gesellschaft alles vergessen hat, was sie einst ausgemacht hat: ihre Nationalität, ihre Religion, ihre Kultur, ihre Geschichte.“⁹⁰ Damit zeichnet dieser Antrag ausgehend von der Geschlechterfrage im Sinne von Verschwörungserzählungen ein umfassendes Bedrohungsszenario durch „Linke“ und nicht genannte, im Hintergrund wirkende gesellschaftliche Kräfte.

⁸⁶ Programm 1985, Kapitel 1.

⁸⁷ Programm 1997, 2005, Kapitel XII, Artikel 3, 5.

⁸⁸ Programm 1985, Kapitel 4.

⁸⁹ Programm 2011, Kapitel 4.

⁹⁰ Leitantrag 2022, S. 8.

Dass ab 1997/2005 die Programme gleichgeschlechtliche Partnerschaften einhellig ablehnen, erscheint vor diesem Hintergrund als selbstverständlich.

Die NDP sah bereits 1980 die Familie durch „marxistische und liberale Linke, also Gegner der natürlichen Ordnung“, bedroht, die Angriffe auf die Familie führten, die der „Zerstörung von Kulturen“ immer vorausgegangen seien.⁹¹ Hier finden sich also vor Jahrzehnten bereits ähnliche Vorstellungen wie in der FPÖ 2022.⁹²

Schlussbemerkung

War die FPÖ zur Zeit ihrer Gründung noch deutlich dem alten, deutschnationalen Erbe verhaftet und damit auch dem Milieu des Rechtsextremismus zuzuordnen, so führte die Entwicklung bis in die 1980er Jahre, vor allem auch beeinflusst von dem Wunsch nach verbesserten Beteiligungsoptionen in der politischen Gestaltung, hin zu gesellschaftspolitisch liberalen Ausformungen, ungeachtet der Beibehaltung der deutschnationalen Grundlage.⁹³ Dieses Spannungsverhältnis von Liberalismus und Deutschnationalismus wurde mit der Obmannschaft Haiders 1986 und der Abspaltung des Liberalen Forums 1993⁹⁴ letztlich zugunsten des Nationalen und damit auch einer Wiederannäherung an das rechtsextreme Milieu entschieden. Diese Entwicklungen der Parteigeschichte sind deutlich an der programmatischen Entwicklung erkennbar und nachzuzeichnen, die von traditionell deutschnational und partiell rechtsextrem zu liberal changierte und letztlich wieder zu den Wurzeln zurückkehrte. Ungeachtet der kurzzeitigen Tendenz zum Liberalen blieb die FPÖ in den zentralen Themen stets der rechtsextremen Ideologie nahe bzw. verhaftet. Weder deutschnationales Bekenntnis noch die grundlegenden Züge der Volksgemeinschaftsvorstellungen wurden je zur Gänze aufgegeben. Seit der Abspaltung des BZÖ 2005⁹⁵ verzeichnen die FPÖ-Programmatik bzw. programmatische Aussagen der Partei deutlich rechtsextreme Züge, wie bereits 2016 in einer Analyse des Handbuchs Freiheitlicher Politik durch die Autorin

91 Junge Generation (Hrsg.), Von Hitler zu Burger, S. 29.

92 Vgl. beispielsweise Birgit Sauer/Otto Penz, Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten, Frankfurt/M. 2023; Karin Stögner, Angst vor dem „neuen Menschen“. Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ, in: Stephan Grigat (Hrsg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 137–161.

93 Siehe dazu auch Frischenschlager, Funktions- und Inhaltswandlungen.

94 Das Liberale Forum (LIF) wurde 1993 wurde von fünf aus dem FPÖ-Klub ausscheidenden Parlamentarier*innen gegründet und war bis 1999 im österreichischen Nationalrat vertreten. Im Jänner 2014 fusionierte das Liberale Forum mit der 2012 gegründeten liberalen Partei NEOS zu NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum.

95 Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) wurde 2005 von Mitgliedern der FPÖ um Jörg Haider gegründet. Es war bis 2013 im Nationalrat vertreten.

festgestellt werden konnte.⁹⁶ Insbesondere die Inhalte des Leitantrags zum Bundesparteitag von 2022 verweisen auf die Hinwendung der FPÖ zu Bedrohungsphantasien und Verschwörungserzählungen, womit sich die Partei in eine Reihe mit anderen rechtsextremen europäischen Kräften stellt, wie auch in der Kooperation mit der deutschen AfD und in den mangelnden Berührungsängsten zu Gruppen wie den „Identitären“ zu sehen ist.⁹⁷

Diese Tendenz zur Wiederannäherung an das rechtsextreme Spektrum verdeutlichen auch die Ähnlichkeiten bis hin zu sprachlichen Parallelen der aktuellen FPÖ-Programmatik mit Positionierungen der NDP aus 1980. Dies verweist auf das beträchtliche Ausmaß der stattgefundenen „Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse“⁹⁸, die selbst jene der wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung 1988 behördlich aufgelösten⁹⁹ NDP zumindest teilweise umfasst.

Während in zentralen Themen Kontinuitäten festgestellt werden konnten, fanden bei anderen bemerkenswerte Sprünge statt, auf die im Rahmen der Analyse nicht alle eingegangen werden konnte. Auf einen besonders bemerkenswerten Sinneswandel soll jedoch verwiesen werden: Im Programm 1997 forderte die FPÖ nicht nur die Obsoletklärung des Staatsvertrages, sondern darüber hinaus das Ende der österreichischen Neutralität und den Beitritt Österreichs zur Nato.¹⁰⁰ Hierin liegt auch der einzige Unterschied zwischen den Programmen 1997 und 2005. Um diese Forderung unauffällig wieder verschwinden zu lassen, musste 2005 offensichtlich ein neues, ansonsten mit dem Vorgänger identes Programm verabschiedet werden. Heute präsentiert sich die FPÖ als einzige wahre Verteidigerin der österreichischen Neutralität – wohl auch wegen der damit zu gewinnenden Wähler*innenstimmen und vor dem Hintergrund ihrer russlandfreundlichen Haltung.

Der vorliegende Beitrag konnte nicht auf die Fülle weiterer Fragestellungen eingehen, die sich in der Auseinandersetzung mit der FPÖ ergeben. So blieb das Verhältnis zwischen nach außen artikulierter Ablehnung von Antisemitismus und der Nähe zu antisemitischen Akteuren und Inhalten nach innen ebenso unbeleuchtet wie die neuerdings zunehmend an NS-Termini gemahnende Sprache von Bundesparteiobmann Herbert Kickl oder eine detaillierte Darstellung der Nähe der FPÖ zu rechtsextremen Gruppen und Aktivist*innen. Eine seriöse wissenschaftliche Befassung mit allen die-

⁹⁶ Brigitte Bailer, Rechtsextremes im *Handbuch Freiheitlicher Politik*, www.doew.at/cms/download/6gq4g/bailer_handbuch_fp.pdf [28.2.2024].

⁹⁷ Vgl. Colette M. Schmidt/Markus Sulzbacher, Rechtsextreme Freunde. Die engen Netzwerke von AfD, FPÖ und Identitären, www.derstandard.at/story/3000000204883/die-engen-netzwerke-von-afd-fpoe-und-identitaeren?ref=article [28.2.2024]. Siehe dazu auch die laufende Berichterstattung und Beobachtung u. a. durch Andreas Peham und Bernhard Weidinger auf: www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv.

⁹⁸ Wodak, Politik mit der Angst.

⁹⁹ Der NDP wurde aus diesem Grund der Status als politische Partei aberkannt, was bald darauf auch die Auflösung als Verein zur Folge hatte.

¹⁰⁰ Programm 1997, Kapitel VII, Artikel 2, 3.

sen Themen würde den Umfang einer Buchpublikation erfordern. Vielmehr sollte der vorliegende Beitrag schlaglichtartig die ideologische Entwicklung bzw. Kontinuitäten der FPÖ hinsichtlich zentraler Kategorien rechtsextremer Ideologie beleuchten und damit klarstellen, dass der Kern der Partei hier zu verorten ist und das demokratiepolitische Problem der FPÖ nicht auf Auftreten und Rhetorik der Parteieliten und des jeweiligen Obmanns beschränkt ist.

Literaturverzeichnis

- Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Aufl., Wien 1993, S. 327–428.
- Bailer-Galanda, Brigitte, Haider – ein ideologiefreier Populist?, in: Horst Peter Groß/Werner Drobisch (Hrsg.), Zeitzeugen Populismus. Das Phänomen Haider: Gestern in Kärnten, morgen in Europa?, Klagenfurt 2020, S. 45–59.
- Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Berlin 1997.
- Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf [28.2.2024].
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Am Beispiel der ANR. Neonazismus in Österreich, Wien 1980.
- Exenberger, Herbert, Norbert Burger und die Bundespräsidentenwahl 1980, in: Junge Generation in der SPÖ (Hrsg.), Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Wien 1981, S. 15–21.
- Frischenschlager, Friedhelm, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1978/2, S. 209–220.
- Galanda, Brigitte, NDP und NSDAP, in: Junge Generation in der SPÖ (Hrsg.), Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Wien 1981, S. 22–55.
- Grischany, Thomas R., Die Positionierung der FPÖ in den Parteiprogrammen von 1956 bis heute, in: Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, S. 325–342.
- Haider, Jörg, Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt/M. 1993.
- Holzer, Willibald I., Rechtsextremismus – Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1979, S. 11–97.
- Holzer, Willibald I., Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Aufl., Wien 1993, S. 11–96.
- Junge Generation in der SPÖ (Hrsg.), Von Hitler zu Burger. Zur Geschichte, Ideologie und Rechtssituation der NDP, Wien 1981.
- Kotanko, Christoph (Hrsg.), Die Qual der Wahl: die Programme der Parteien im Vergleich, Wien 1999.
- Mally, Anton Karl, Nationsbegriff und FPÖ, in: Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, S. 345–350.
- Pelinka, Anton/Wodak, Ruth, The Haider Phenomenon in Austria, London 2002.

- Rathkolb, Oliver, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU, in: Sebastian Meissl/Klaus Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hrsg.), *Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne: Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, S. 73–99.
- Reiter, Margit, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik, Berlin 2018.
- Reiter, Margit, *Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ*, Göttingen 2019.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto, *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*, Frankfurt/M. 2023.
- Stögner, Karin, Angst vor dem „neuen Menschen“. Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ, in: Stephan Grigat (Hrsg.), *AFD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017, S. 137–161.
- Weidinger, Bernhard, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien 2015.
- Weidinger, Bernhard, FPÖ und völkische Verbindungen. Symbiose mit Konfliktpotential, in: *Europäische Rundschau*, 2019/4, S. 33–36.
- Weil das Land sich ändern muss! Auf dem Weg in die Dritte Republik, Wien: Freiheitliches Bildungswerk 1994.
- Wodak, Ruth, *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse*, Wien–Hamburg 2020.
- Wodak, Ruth/Rheindorf, Markus, „Austria first“ revisited. A diachronic cross-sectional analysis of the body and gender politics of the extreme right, in: *Patterns of Prejudice*, Vol. 53, 2019, Issue 3, S. 302–320.